

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Nr. 2/1984 – Juni

Die nunmehr etwa eineinhalb Jahre währende zyklische Belebung der Produktion in der Bundesrepublik hat sich in den letzten Monaten in nochmals abgeschwächter Form weiter fortgesetzt. Inzwischen ist zwar in nahezu allen Branchen der Industrie der Vorjahresstand der Produktion überschritten, der Stand vor Ausbruch der Krise Anfang 1980 ist aber immer noch nicht erreicht.

Die tragenden Faktoren der Produktionsbelebung sind vor allem der Export und der Wohnungsbau, in abgeschwächter Form die private Nachfrage und die produktiven Investitionen der Unternehmen.

Die günstige Exportentwicklung erklärt sich einerseits aus der Konjunkturbelebung vor allem in den USA und der Abwertung der DM gegenüber dem Dollar, der die preisliche Wettbewerbsfähigkeit westdeutscher Waren verbessert hat. Außerdem sind die Lohnkosten in der Bundesrepublik im Vergleich zu den meisten anderen Industrieländern gesunken, die internationale Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik hat sich deutlich verbessert.

Allerdings deutet sich inzwischen an, daß die expansive Exportentwicklung an Tempo verlieren wird: nach wie vor hinkt Westeuropa, der Hauptabsatzmarkt bundesdeutscher Produkte, in der konjunkturellen Entwicklung hinterher; nach wie vor bleibt die Investitionstätigkeit selbst in den USA relativ gedämpft – und Investitionsgüter sind nun mal die wichtigsten Exportgüter der BRD.

Der Wohnungsbau expandiert gegenwärtig noch relativ kräftig, aber auch hier sind Abschwächungserscheinungen für die Zukunft vorhersehbar: die Wohnungsbauaufträge gehen seit dem Herbst 1983 zurück.

Die private Nachfrage vor allem nach langlebigen Konsumgütern hat 1983 wesentlich zur Konjunkturstabilisierung beigetragen. Es zeigt sich immer deutlicher, daß es parallel zur allgemeinen Konjunkturentwicklung regelrechte Neuanschaffungszyklen gibt, die relativ unabhängig von der jeweiligen Einkommensentwicklung verlaufen: so werden in einer Krise z.B. Pkw-Neuanschaffungen aufgeschoben, nach der Krise aber müssen sie nachgeholt

werden. Zu diesem Zweck werden dann auch Konsumentenkredite aufgenommen, bzw. Sparanlagen aufgelöst.

Inzwischen zeigt sich aber auch hier, daß der private Verbrauch, insbesondere die Nachfrage nach Pkw, nachläßt.

Auch die Nachfrage der Unternehmen nach Investitionsgütern steigt weiter an, allerdings hat sich das Expansionstempo 1984 eher etwas abgeschwächt. Vor allem Erweiterungsinvestitionen werden kaum getätigt – ein Tatbestand, der vor dem Hintergrund einer anhaltend niedrigen Kapazitätsauslastung von knapp 81 Prozent verständlich ist. In den letzten Monaten ist der Auslastungsgrad auch kaum noch angestiegen.

Während die Produktion nur zögernd weiter zunimmt, hat sich der Gewinnboom fortgesetzt. In den jüngsten Ertragsschätzungen für die großen Aktiengesellschaften wurden die Erwartungen nochmals hochgeschraubt, es wird für 1984 eine Zunahme der Unternehmensgewinne im engeren Sinne um etwa 15 Prozent (nach 20 Prozent 1983) erwartet. Vor allem die großen Konzerne haben ihre Erträge schon 1983 oftmals nahezu verdoppelt, während die Investitionen kaum erhöht worden sind: Viele große Gesellschaften weisen inzwischen Selbstfinanzierungsquoten von über 200 Prozent aus. Die Verteilungsrelationen von „Arbeit“ und „Kapital“ haben sich in den letzten Jahren drastisch verschoben, die „Lohnquote“ entspricht inzwischen dem Stand von Ende der sechziger Jahre. Die Kaufkraft der Löhne und Gehälter, d. h. die „Reallöhne“ je Beschäftigten, sind auch nach den bisher vorliegenden Informationen für 1984 weiter zurückgegangen, wenn auch langsamer als 1982 und 1983.

Bei sinkenden Reallöhnen und real ebenfalls zurückgehenden Sozialeinkommen hat sich die Arbeitsmarktlage bis zuletzt eher noch etwas verschlechtert. Eine kaum merkliche Zunahme der Beschäftigung, die zu einem Teil auch mit dem Ausbau der Teilzeitarbeit zusammenhängt, hat bisher nicht ausgereicht, um den Anstieg der Arbeitslosenzahlen zum Stillstand zu bringen. Zwar war im April 1984 erstmals der Vorjahresstand der registrierten Ziffern nicht mehr überschritten, dafür weitete

sich aber die „stille Reserve“ nichtregistrierter Arbeitsloser weiter aus.

Der rapide Anstieg der Unternehmerrgewinne, der sich vor allem bei den Großunternehmen vollzieht – die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche dagegen sinkt nur wenig –, hat bisher lediglich die Rationalisierungsinvestitionen stimuliert, arbeitsplatzschaffende Erweiterungsinvestitionen sind dagegen ausgeblieben. In dieser Situation ist eine Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt nur durch Arbeitszeitverkürzungen zu erreichen. Der rasante Gewinnanstieg der letzten drei Jahre läßt die Finanzierung der 35-Stunden-Woche durch die Unternehmen ohne Probleme zu. 1984 liegen die realen Arbeitseinkommen je Beschäftigten nicht höher als 1977, die Arbeitsproduktivität aber ist um gut 13 Prozent höher, bei unveränderter Wochenarbeitszeit. Vor diesem Hintergrund wäre eine Arbeitszeitverkürzung um fünf Wochenstunden oder 12,5 Prozent ohne erneuten Reallohnverlust nicht mehr/als ein Ausgleich für den Produktivitätsgewinn der letzten Jahre.

INHALT

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Produktion
- 1.2 Geld- und Kapitalmarkt, Börse
- 1.3 Investitionen
- 1.4 Außenwirtschaft

2 Unternehmerrgewinne und Konzentration

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Steuern
- 3.3 Preise
- 3.4 Aktionen der Arbeiterklasse
- 3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

1.1 Produktion

Die Erzeugung im produzierenden Gewerbe ist – in saisonbereinigter Betrachtung – in den letzten Monaten nicht weiter angestiegen. Im März wurde sogar ein kräftiger Rückfall der Produktion um vier Prozent registriert. Dabei dürfen aber einzelne Monatsdaten nicht allzu ernst genommen werden. Insgesamt stagniert die Produktion seit Ende 1983.

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe¹

1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1984 1. Vj.
93,0	95,0	95,3	97,8	98,5

¹ Index 1980 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, IId.)

Immer noch ist der Produktionsstand vor Ausbruch der letzten zyklischen Krise deutlich verfehlt: Im ersten Vierteljahr 1980 war die Produktion etwa vier Prozent höher als im ersten Vierteljahr 1984. Der Krisentiefpunkt vom letzten Vierteljahr 1982 ist erst um knapp sieben Prozent überschritten. Das Herauskommen aus der Krise vollzieht sich also – gemessen an der materiellen Produktion – nach wie vor außerordentlich langsam und zögernd.

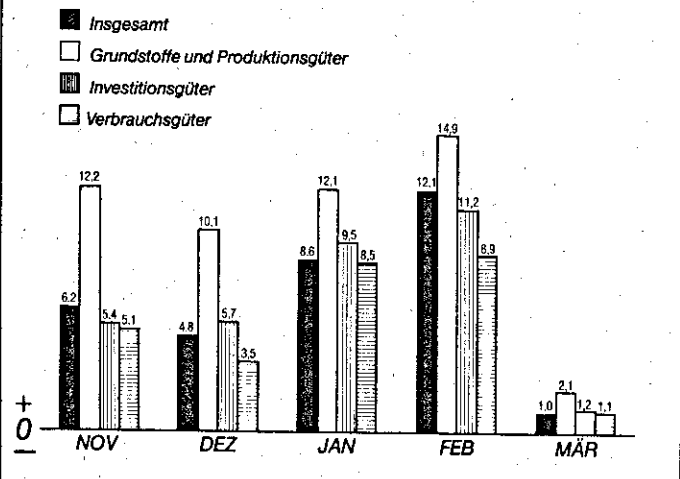
Der Vorjahresvergleich, der von nichtsaisonbereinigten Daten ausgeht, weist inzwischen einen deutlichen Abstand aus. Dabei hat vor allem das Bauhauptgewerbe in den Wintermonaten relativ günstig abgeschnitten, was wohl auch mit Witterungseinflüssen zusammenhängen dürfte.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Insgesamt	+ 6,2	+ 4,8	+ 8,6	+ 12,1	+ 1,0
Grundstoffe und Produktionsgüter	+ 12,2	+ 10,1	+ 12,1	+ 14,9	+ 2,1
Investitionsgüter	+ 5,4	+ 5,7	+ 9,5	+ 11,2	+ 1,2
Verbrauchsgüter	+ 5,1	+ 3,5	+ 8,5	+ 8,9	+ 1,1

¹ 1983/84 in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, IId.)

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes in % gegenüber dem Vorjahr



Immer noch schneidet beim Vorjahresvergleich das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe besonders gut ab, im Frühjahr scheint aber hier der Expansionsprozeß zu stocken: die Vorratslager sind inzwischen gut gefüllt.

Die Auftragsentwicklung ist ebenfalls in den letzten Monaten nicht weiter aufwärts gerichtet gewesen, auch hier hat es im März einen deutlichen Rückfall gegeben. Nur durch den Wechsel der Vergleichszeiträume, durch offene Manipulation gelingt es dem Bundeswirtschaftsministerium, bei der Präsentation der Ergebnisse die Stagnation der Auftragsgänge als ununterbrochenen „Aufschwung“ darzustellen. Tatsächlich lagen die Auftragsgänge im März nicht höher als im Dezember.

Saisonbereinigter Index des industriellen Auftragseingangs¹

1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1984 1. Vj.
95	93	96	100	102

¹ Volumen, Index 1980 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, IId.)

Im Vergleich zum gleichen Vorjahreszeitraum fallen die Ergebnisse allerdings deutlich besser aus. Dabei ist aber insbesondere für die ersten drei Monate die Verzerrung durch den Ablauf der Frist für die Investitionsprämie Ende 1982 zu beachten: einem dadurch noch überhöhten Dezember/Januar-Ergebnis folgten Anfang 1983 einige sehr gedrückte Februar/März-Werte.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

	Insgesamt (1)	Grundstoffe und Produktionsgüter (2)	Investitionsgüter (1)	Verbrauchsgüter (2)
Nov.	+ 10,5	+ 8,5	+ 16,7	+ 5,1
Dez.	+ 2,8	+ 0,1	+ 18,6	+ 5,1
Jan.	+ 7,2	+ 4,6	+ 18,8	+ 0,5
Febr.	+ 20,5	+ 17,2	+ 22,7	+ 17,6
März ²	+ 7,0	+ 4,0	+ 9,6	+ 2,7

(1) Zu jeweiligen Preisen (2) Preisbereinigt
¹ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr
² Vorläufige Zahlen
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, IId.)

Vor allem im bisher stark expandierenden Bereich der Grundstoffe und Produktionsgüter hat sich der Nachfragezuwachs deutlich verlangsamt, eingeschränkt gilt das auch für die Verbrauchsgüter. Et was günstiger entwickelt sich die Nachfrage nach Investitionsgütern. Dabei ist aber zu beachten, daß im Vorjahr ein ausgesprochenes Auftragsloch im Februar/März eingetreten war.

Nach wie vor wird die Auftragsentwicklung durch die Auslandsnachfrage gestützt, allerdings scheint sich hier in den letzten Monaten ebenfalls der Aufwärtstrend zu verlangsamen.

Auftragseingänge nach Herkunft¹

Inland	Verarbeiten- des Gewerbe insgesamt	Grundstoffe und Produk- tionsgüter	Investitions- güter	Verbrauchs- güter
Nov.	+ 8,9	+ 14,5	+ 6,0	+ 8,1
Dez.	- 4,1	+ 13,4	- 14,9	+ 7,3
Jan.	+ 1,6	+ 14,3	- 6,7	+ 8,6
Febr.	+ 18,9	+ 21,1	+ 19,1	+ 15,8
März	+ 4,6	+ 3,9	+ 7,4	+ 0,1
Ausland				
Nov.	+ 13,7	+ 20,8	+ 11,3	+ 8,1
Dez.	+ 16,8	+ 27,2	+ 13,2	+ 9,6
Jan.	+ 18,7	+ 26,9	+ 14,0	+ 22,8
Febr.	+ 23,7	+ 25,2	+ 22,6	+ 25,7
März	+ 11,6	+ 20,1	+ 7,0	+ 14,5

¹ Zu jeweiligen Preisen, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, IId.)

Die Belegung der Produktion hat inzwischen nahezu alle Branchen erfaßt. Eine Ausnahme macht zur Zeit nur noch der Schiffbau, dort liegt die Produktion immer noch erheblich unter dem Vorjahresstand.

In der **eisenschaffenden Industrie** hat der Ausstoß im ersten Vierteljahr immerhin um etwa zehn Prozent zugenommen, wobei vor al-

lem die Belegung der Bauwirtschaft und des Automobilgewerbes den Stahlverbrauch erhöht haben. Infolgedessen konnten die Preise im Frühjahr stark erhöht werden. Die Kapazitätsauslastung dürfte sich aber 1984 auf etwa zwei Drittel der technischen Kapazitäten verbessern. Dies ändert allerdings nichts an den Plänen zum Kapazitäts- und vor allem Personalabbau: Nach wie vor planen die Unternehmer, bis 1985 weitere 33 000 Arbeitsplätze zu vernichten. Die Einführung der 35-Stunden-Woche – so errechnet die IG Metall – könnte dabei 23 000 Arbeitsplätze retten. Berücksichtigt man, daß mit einer solchen Verminderung des Arbeitsplatzabbaus gesamtgesellschaftlich erheblich Kosten eingespart werden können (ein Arbeitsloser „kostet“ durchschnittlich 24 000 DM im Jahr), so wäre eine solche Maßnahme gesamtwirtschaftlich sicher sinnvoll. Bei einer Verstaatlichung der Stahlindustrie könnte eine solche gesamtwirtschaftliche und damit allein rationale Betrachtungsweise durchgesetzt werden.

Die zyklische Belegung der Stahlproduktion löst nicht die Strukturkrise der Branche, hat aber die meisten Stahlkonzerne inzwischen wieder in die Gewinnzone gebracht.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Produzierendes Gewerbe insges.	+ 6,5	+ 6,2	+ 7,0	+ 8,0
Eisenschaffende Industrie	+ 23,9	+ 24,2	+ 15,9	+ 8,4
Chemische Industrie	+ 14,7	+ 13,2	+ 12,5	+ 12,5
Maschinenbau	+ 0,4	+ 4,9	- 2,5	+ 1,6
Straßenfahrzeugbau	+ 13,2	+ 16,3	+ 15,0	+ 13,4
Elektrotechnik	+ 7,0	+ 10,6	+ 8,6	+ 10,3
EDV-Geräte	+ 12,6	+ 6,5	+ 28,1	+ 12,8
Textilgewerbe	+ 4,1	+ 5,8	+ 6,5	+ 6,6
Bekleidungsgewerbe	+ 7,3	+ 5,2	+ 7,5	+ 3,0
Bauhauptgewerbe	+ 3,8	- 10,3	- 1,8	+ 35,6

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, IId.)

Die **chemische Industrie** kann nun schon auf eine längere Periode kräftigen Produktionswachstums zurückblicken: Bei einer Zunahme der Produktion um sieben einhalb Prozent im Jahre 1983 wurde die Beschäftigung dennoch weiterhin um zwei Prozent reduziert. Für 1984 zeichnet sich bis jetzt nur eine leichte Verlangsamung des Wachstumstempes ab, die Beschäftigung wird bestenfalls stagnieren. Die Folge ist eine außerordentliche Verbesserung der Ertragslage vor allem in der Großchemie, der bestenfalls stagnierende Investitionsausgaben gegenüberstehen. Die großen Chemiekonzerne weisen daher Selbstfinanzierungsquoten von teilweise über 200 Prozent aus.

Nur verhalten optimistisch wird die Lage im **Maschinenbau** durch die Unternehmensverbände beurteilt. Allerdings verbessern sich inzwischen auch hier Produktion und Auftragslage, vor allem infolge zunehmender Auslandsaufträge. Trotzdem geht die Beschäftigung weiter zurück, 1984 wird erwartet, daß die Beschäftigtenzahl in dieser Branche erstmals unter eine Million sinkt. Bei einer – wie der Verband entgegen zweckpessimistischen Darstellungen aus Kreisen der Bundesregierung betont – anhaltend günstigen internationalen Wettbewerbsfähigkeit entwickeln sich die Inlandsaufträge aber immer noch sehr langsam.

Deutlich günstiger als im Maschinenbau wird die Situation der **Elektroindustrie**, dem zweitgrößten Investitionsgüterhersteller, beurteilt. Tragende Kräfte sind dabei Produkte, die mit der Datenverarbeitung und den Informationstechnologien zusammenhängen, also der Investitionsgüterbereich. Dagegen stagniert der Gebrauchsgütersektor. Auch in der Elektroindustrie entwickelt sich der Export seit Ende 1983 besonders günstig. 1983 war die Beschäftigung um etwa zwei Prozent reduziert worden, für 1984 wird ein leichter Personalszuwachs in Aussicht gestellt.

In der **Automobilindustrie** hat sich der starke Produktionszuwachs im ersten Vierteljahr zunächst weiter fortgesetzt, die PKW-Produktion erhöhte sich um etwa 13 Prozent. Dagegen wird der Nutzfahrzeugmarkt nach wie vor von Stagnationstendenzen geprägt. Aller-

dings erfolgte im Frühjahr ein relativ starker Nachfragerückgang vor allem im Inland, die Neuzulassungen gingen im März um etwa elf Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück. Hinzu kommt ein leichter Anstieg der Marktanteile von importierten PKW. Wenn dies auch nicht überinterpretiert werden darf, so läßt die Expansionskraft der Automobilindustrie konjunkturell deutlich nach.

Die **Textil- und Bekleidungsindustrien** rechnen für 1984 erstmals seit mehreren Jahren wieder mit einer gewissen Produktionszunahme. Diese wird jedoch nicht ausreichen, um den anhaltenden Beschäftigungsrückgang zu stoppen. Besondere Erfolge kann dabei die Textilindustrie vermeiden, hier hatte ein Konzept der rigorosen Rationalisierung und Exportorientierung einen gewissen „Erfolg“ für die überlebenden Unternehmen. Allerdings zeigen die letzten Meldungen, daß auch hier der Lagerdruck wieder zunimmt, ausgehend von der niedrigen Kaufkraft stagniert insbesondere die Inlandsnachfrage.

In der **Bauwirtschaft** häufen sich die Anzeichen, daß dort erneut Rezessionserscheinungen die Oberhand erhalten werden. Dies wird zunächst noch durch die zunehmende Bauproduktion überdeckt – in der Bauwirtschaft schlägt die Auftragsentwicklung in der Regel erst mit einer Zeitverzögerung von 6 bis 18 Monaten auf die Produktion durch. Diese geht aber seit Mitte 1983 wieder zurück, vor allem im Wohnungsbau wurde der Auftragshöhepunkt im Frühjahr 1983 überschritten. Da die öffentlichen Aufträge weiter auf niedrigem Niveau stagnieren und der gewerbliche Bau ebenfalls rückläufige Tendenzen aufweist, muß ab Ende 1984 mit einem erneuten Rückgang der Bauproduktion gerechnet werden. Die Tatsache, daß inzwischen nach Auskunft des Zentralverbandes der Haus- und Grundeigentümer etwa eine Million Wohnungen wegen zu hoher Mieten leerstehen und für etwa 230 000 Eigenheime und Eigentumswohnungen oft wegen zu hoher Zinsen Käufer gesucht werden, dürfte auf mittlere Sicht die Bauproduktion drücken. Erwartungsgemäß regt die von der Bundesregierung gefahrene Strategie der Mieterhöhungen nicht den Wohnungsbau an, sondern dämpft die Nachfrage nach Wohnraum.

Der **Einzelhandel** konnte 1983 erstmals seit 1980 seinen Umsatz wieder um real 1,1 Prozent erhöhen. Dabei war vor allem die Zunahme beim Kfz-Handel ausschlaggebend. Diese Tendenz hat sich in den letzten Monaten zunächst fortgesetzt, ist im März aber durch einen starken Rückfall unterbrochen worden. Wie die Unternehmensbefragungen zeigen, sind die Erwartungen im Einzelhandel für die Zukunft stark gedämpft, es wird nun mit einer gewissen Abschwächung beim privaten Verbrauch gerechnet.

Aktuell ergibt der Blick auf die wichtigsten Branchen also eine gewisse Verbreiterung der Belegungstendenzen. Dabei fällt aber auf, daß die Bereiche, die die Belegung wesentlich getragen haben – nämlich die Bauwirtschaft und die Automobilindustrie – deutliche Abschwächungszeichen erkennen lassen. Insgesamt scheinen sich die durch Konsumentenkredite und „Entsparen“ finanzierten Käufe langlebiger Konsumgüter in ihrer Wirkung auf die Konjunktur zu erschöpfen. Obwohl ein konjunktureller Einbruch aktuell nicht zu erwarten ist, dürfte sich das ohnehin relativ langsame Expansionstempo in den nächsten Monaten eher noch abschwächen.

1.2 Geld- und Kapitalmarkt, Börse

Die konjunkturelle Wiederbelebung spiegelt sich auch auf den Geld- und Kapitalmärkten wider: Die Kreditnachfrage der Unternehmen und Privaten hat sich beschleunigt.

Dagegen hat sich die Zuwachsrate der Kredite an öffentliche Haushalte stark verlangsamt: Diese ist von 9,5 Prozent Ende Juni 1983 auf 1 Prozent Ende März dieses Jahres zurückgegangen; besonders augenfällig war das Nachlassen der öffentlichen Nachfrage nach kurzfristigen Krediten, die Ende 1983 um 10 Prozent niedriger waren als ein Jahr zuvor, und Ende März 1984 innerhalb eines Jahres sogar um 20 Prozent zurückgegangen sind. Das deutet auf eine Konsolidierung hin, d. h. auf eine Umstellung von kurzfristigen auf mittel- und langfristige Finanzierungsquellen. Wie die Entwicklung auf dem Wertpapiermarkt zeigt, handelt es sich allerdings um

Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

	1982 Dezember	1983 März	1984 ² März	1982	1983	1984 ²
Milliarden DM				Veränderungen gegenüber Vorjahr in %		
Kredite an inländische Nichtbanken	1713,4	1825,8	1822,4	6,4	6,6	6,1
– Unternehmen						
u. Private	1289,3	1380,5	1384,5	5,4	7,1	7,8
– Öffentliche Haushalte	424,1	445,3	437,9	9,9	5,0	1,0
Netto-Auslands- forderungen	113,7	119,5	125,9	2,8	5,1	6,2
Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten ¹	996,1	1070,5	1103,0	5,5	7,5	8,4
darunter:						
Spareinlagen						
und -briefe	312,1	324,7	327,9	5,5	4,0	6,2
Geldvolumen (M ₃)	831,0	874,8	845,3	7,1	5,3	3,2

1 Einschließlich „Zentralbankanlagen der öffentlichen Haushalte“ und „Sonstige Einflüsse“
2 Vorläufige Zahlen.
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

eine allgemeine Verlangsamung der öffentlichen Verschuldung: zwischen 1982 und 1983 ist die Neuverschuldung um 13 Milliarden DM zurückgegangen. Sowohl die Stagnation der öffentlichen Nachfrage am Kreditmarkt als auch der rückläufige Absatz von festverzinslichen Wertpapieren der öffentlichen Hand im 1. Vierteljahr 1984 beweisen, daß sich diese Tendenz im laufenden Jahr fortsetzt.

Auf der Passivseite der Bilanz des Bankensystems fallen die Beschleunigung der Geldkapitalbildung einerseits und die Verlangsamung des Geldvolumens M₃ andererseits ins Auge: Die Wiederbelebung der Wirtschaft veranlaßt die Anleger, niedrigere Geldmengen zu horten und zunehmend ertragreichere Anlageformen zu suchen.

Was den Kapitalmarkt anbetrifft, so wurde 1983 auf dem Primärmarkt, also bei der Neuausgabe von Wertpapieren, eine neue Rekordmarke bei Rentenwerten erreicht: Der Absatz von inländischen festverzinslichen Wertpapieren stieg von 73 Milliarden 1982 auf 86 Milliarden 1983. Diese Tendenz scheint sich im laufenden Jahr zu bestätigen: Im 1. Quartal wurden knapp 4 Milliarden mehr inländische Rentenwerte emittiert als in demselben Zeitraum des Vorjahres. Bemerkenswert ist auch die Entwicklung der Industrieobligationen: Zum ersten Mal seit 1972 ist im 1. Quartal 1984 ein positiver Nettoabsatz dieser Wertpapiere zu verzeichnen, weil der Bruttoabsatz die Tilgung deutlich übersteigt; mit knapp 600 Millionen DM entspricht sein Volumen der Summe der ganzen vergangenen 7 Jahre. Zum ersten Mal seit zehn Jahren war dagegen eine negative Entwicklung des Absatzes von ausländischen Rentenwerten zu beachten: Die Tilgung übertraf den Bruttoabsatz um etwa 1,5 Milliarden DM.

Trotz des gewaltigen Hochschnellens der Aktienkurse im Vorjahr bleibt der Absatz von Dividendenwerten inländischer Emittenten enttäuschend: Im 1. Vierteljahr 1984 war er mit etwa 1 Milliarde Kurswert halb so groß wie in demselben Zeitraum 1983. Auch das Mittelaufkommen an Aktien bei den Kapitalanlagegesellschaften weist in dieselbe Richtung: In den ersten drei Monaten dieses Jahres wurde hier ein Minus von 200 Millionen registriert, gegenüber einem Plus von 300 vor einem Jahr. Die Aktiengesellschaften erhöhen ihre Grundkapitale nur sehr verhalten.

Der Sekundärmarkt, d. h. der Handel mit „alten“ Wertpapieren, ist durch einen regen Handel mit Aktien gekennzeichnet: Sogar unter Ausklammerung des Kursgewinns haben sich die Börsenumsätze von inländischen Dividendenwerten zwischen 1982 und 1983 fast verdoppelt; ein ähnlicher Verlauf ist im 1. Quartal dieses Jahres zu beobachten. Welche Ursachen hat die nahezu gegenläufige Entwicklung der Aktien auf dem Primärmarkt einerseits und auf dem Sekundärmarkt andererseits? Vermutlich ist der schleppende Absatz von neuen Aktien darauf zurückzuführen, daß die Aktie unter den Finanzierungsformen der Unternehmen nur mehr eine sehr be-

Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren (Milliarden DM)

	1981	1982 Jahr	1983	1984 ¹ 1. Vj.	1984 ¹ 1. Vj.
Anleihen der öffent- lichen Hand	– 2608	28 563	34 393	8 908	13 859
Kommunal- obligationen	36 729	36 099	28 312	12 289	4 383
Sonstige Bankschuld- verschreibun- gen	33 723	8 696	23 416	3 680	9 729
Industrie- obligationen	– 972	– 634	– 594	– 138	477
Ausländische Rentenwerte	6 204	10 983	5 743	1 769	– 1 450
Absatz-Erwerb insgesamt	73 076	83 709	91 270	26 508	27 000
darunter:					
Kreditinstitute	17 565	43 093	35 208	12 261	–
Inländische Nichtbanken	57 149	36 722	42 879	13 284	–

1 Vorläufige Zahlen
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

scheidene Rolle spielt; darauf werden wir unten ausführlicher zurückkommen. Dagegen hat sich die unternehmerfreundliche Haltung der neuen konservativen Regierung auf die Bereitschaft des breiten Publikums, sich stärker an der Aktienbörse zu engagieren, sehr günstig ausgewirkt.

Zinsen, Rendite und Kurse am Kredit- und Kapitalmarkt

Zeit	Kontokorrent- kredite ¹	Renditen von Anleihen der öffentl. Hand	Index der Aktienkurse ²
	In %	In %	29. 12. 1972 = 100
1982			
1. Vj.	13,55	9,7	101,2
2. Vj.	12,55	9,0	102,0
3. Vj.	11,96	9,0	98,5
4. Vj.	10,52	8,1	104,1
1983			
1. Vj.	9,35	7,5	113,6
2. Vj.	8,31	7,7	130,6
3. Vj.	8,25	8,2	133,1
4. Vj.	8,24	8,1	140,7
1984			
1. Vj.	8,25	8,0	146,5

1 Auf Kredite von 1 bis 5 Millionen DM
2 Statistisches Bundesamt
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Wie die Tabelle zeigt, haben sich Zinsen und Renditen seit einem knappen Jahr stabilisiert: Sowohl die Zinsen auf Kontokorrentkredite bei den Banken als auch die Renditen von Anleihen der öffentlichen Hand bewegen sich jetzt um die 8-Prozent-Marke. Der Index der Aktienkurse ist im 1. Quartal dieses Jahres erneut gestiegen, aber die große Kaufwelle scheint sich abgeflacht zu haben: So lagen die Aktiennotierungen Mitte Mai 5 Prozent unter dem Höhepunkt, den sie Anfang dieses Jahres erreicht hatten.

Im Aprilheft der „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank“ ist ein bemerkenswerter Aufsatz über den Aktienmarkt in der Bundesrepublik erschienen. Die Notenbank unterstreicht die geringe Bedeutung des westdeutschen Aktienmarkts im Vergleich zu dem anderer hochentwickelter kapitalistischer Länder: Während in der BRD der Umlauf inländischer Aktien weniger als einem Zehntel des Bruttoinlandsprodukts entspricht, bewegt er sich in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien in einer Größenordnung, die etwa halb bzw. ein Drittel so groß wie das BSP der betreffenden Länder ist.

Außerdem sei die Belebung des Aktienabsatzes im letzten Jahr in der BRD nicht auf die börsennotierten Dividendenwerte zurückzuführen, deren Absatz seit 1975 niemals über 3,5–4 Milliarden DM (Kurswert) hinausgegangen sei.

Die Präferenz der Anleger für die festverzinslichen Wertpapiere gegenüber den Aktien beruhe auf der guten realen Verzinsung der Rentenwerte: „Anders als an wichtigen ausländischen Wertpapiermärkten hat der deutsche Rentenmarkt im letzten Jahrzehnt auffallend elastisch mit Kapitalzinserhöhungen auf die steigenden Inflationsraten reagiert. Negative „reale“ Kapitalzinsen, wie sie lange Zeit an ausländischen Plätzen zur Regel wurden, sind in der Bundesrepublik nie aufgetreten; der positive „Realzins“ (vor Steuern) sank für Rentenwerte im Jahresdurchschnitt nicht unter 2,5 Prozent. Die Aktie ist deshalb auch in den Jahren hoher Preissteigerungen nicht zu einem bevorzugten Anlagemedium für Geldvermögensbesitzer geworden, die Schutz vor der Inflation suchten“ (Der Aktienmarkt in der Bundesrepublik Deutschland und seine Entwicklungsmöglichkeiten, „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank“, Nr. 4, April 1984, S. 19).

In der Tat lag die reale Rendite der inländischen Rentenwerte in der BRD zwischen 1972 und 1983 bei etwa 4,5 Prozent im Durchschnitt, während die Rendite der börsennotierten Aktien mit Steuergutschrift (seit 1977 gibt es aufgrund der Körperschaftsteuerreform einen getrennten Nachweis der Dividenden und Renditen mit bzw. ohne Steuergutschrift) knapp der Entwicklung der Verbraucherpreise gleichkam und die Rendite ohne Steuergutschrift sogar um 1,3 Prozent jährlich hinter der Teuerungsrate zurückblieb.

1.3 Investitionen

Die Investitionen haben in der gegenwärtigen zyklischen Beleuchtungsphase deutlich zugenommen, allerdings in einem weit schwächeren Umfang als in vorangegangenen Perioden.

Gesamtwirtschaftliche Investitionen¹

	1982	1983	1984 ²
Anlageinvestitionen	– 5,1	+ 2,9	+ 5,0
insgesamt			
Ausrüstungen	– 6,6	+ 5,7	+ 5,5
Bauten	– 3,9	+ 0,9	+ 5,0

1 Reale Veränderung in Prozent
2 Prognose des „Frühjahrsgutachtens“
(Quelle: DIW-Wochenbericht 15–16/84, S. 190)

Allerdings wurden – wegen der Fristen der Investitionsprämie – vor allem Ausrüstungsinvestitionen ins zweite Halbjahr 1983 vorgezogen, so daß schon für 1984 wieder eine gewisse Verlangsamung der Investitionstätigkeit erwartet wird. Die Bauinvestitionen werden zunächst noch ansteigen, es wurde aber bereits oben darauf verwiesen, daß die Auftragslage sich bei Bauten schon wieder verschlechtert. Berücksichtigt man zudem, daß die in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu den Investitionen gerechneten Wohnbauten, die ja tatsächlich langlebige Konsumgüter sind, besonders stark expandiert haben, so ergibt sich eine noch langsamere Zunahme der Investitionen in den Produktionsapparat.

Diese verhaltene und wesentlich auf Ersatz und Rationalisierung gerichtete Investitionstätigkeit – nur 22 Prozent der industriellen Investitionen dienen der Erweiterung – hängt wesentlich mit der immer noch niedrigen Kapazitätsauslastung zusammen. Diese ist zwischen Dezember 1983 und März 1984 auch nicht weiter gestiegen, sie liegt mit knapp 81 Prozent immer noch deutlich unter dem Niveau von 1978/79.

Die gedämpfte Investitionstätigkeit läßt sich dagegen im Rahmen der rein gewinnorientierten Ansätze überhaupt nicht erklären.

Die „Selbstfinanzierungsquote“, d. h. der Anteil der „eigenen Mittel“ der Unternehmen (Abschreibungen, nichtentnommene Gewinne, Vermögensübertragungen) an den Bruttoinvestitionen hat schon 1983 den höchsten Stand seit mehr als zehn Jahren erreicht und wird 1984 voraussichtlich nochmals höher ausfallen.

Selbstfinanzierungsquote der Unternehmen¹

1978	1979	1980	1981	1982	1983
84,1	74,0	69,4	72,2	81,0	84,3

1 Eigenen Mittel in Prozent der Bruttoinvestitionen
(Quelle: Wirtschaft und Statistik 3/1984, S. 228)

Auch der häufige Verweis auf die Erfolge „angebotsorientierter“, d. h. auf Kostensenkung zielender Politik in den USA ist unzutreffend. Die relativ starke Konjunkturbeliebung in den USA ist konsumgetrieben: klammert man den Wohnungsbau aus, so sind die Investitionen selbst im Belebungsjahr 1983 real nicht angestiegen, ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt ist nochmals von 13 Prozent 1982 auf 12,1 Prozent gesunken. Erst für 1984 wird ein Anstieg der „Investitionsquote“ (ohne Wohnungsbau) erwartet. (DIW-Wochenbericht 14/1984) Der Mechanismus – Gewinne, Investitionen, Wachstum – hat so an keiner Stelle funktioniert.

1.4 Außenwirtschaft

Die Ausfuhren der Bundesrepublik haben sich in den letzten Monaten weiter günstig entwickelt. Die Exporte in die USA expandieren – als Folge des hohen Dollar-Kurses – besonders kräftig, sie lagen im Januar 1984 um etwa 65 Prozent über dem Vorjahresstand. Etwas langsamer erweitert sich der Handel mit den EG-Ländern, wobei vor allem der Rückgang der Ausfuhren nach Frankreich eine Rolle spielt. Stark rückläufig sind die Ausfuhren in die OPEC-Länder, aber auch der Handel mit den übrigen Entwicklungsländern stagniert weitgehend.

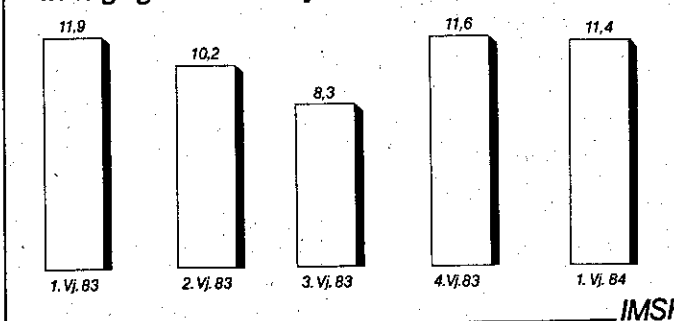
Außenhandel der BRD

	Exporte In Mrd. DM	% ¹	Importe In Mrd. DM	% ¹	Saldo In Mrd. DM	% ¹
1. Vj. 82	107,6	+ 18,0	96,5	+ 5,6	+ 11,1	–
2. Vj. 82	108,3	+ 11,3	95,1	+ 4,9	+ 13,2	+ 100,0
3. Vj. 82	101,4	+ 2,6	89,8	– 2,1	+ 11,6	+ 63,4
4. Vj. 82	110,5	+ 0,6	95,3	– 0,1	+ 15,2	+ 5,6
1. Vj. 83	105,6	– 1,9	93,7	– 2,9	+ 11,9	+ 7,2
2. Vj. 83	106,0	– 2,1	95,9	+ 0,8	+ 10,2	– 22,7
3. Vj. 83	103,4	+ 2,0	95,1	+ 5,9	+ 8,3	– 28,4
4. Vj. 83	117,2	+ 6,1	105,6	+ 10,8	+ 11,6	– 23,7
1. Vj. 84	120,1	+ 13,7	108,7	+ 16,0	+ 11,4	– 4,2

1 In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank)

Außenhandel der BRD

In % gegenüber Vorjahr



Insgesamt stellt der Außenhandel zur Zeit noch eine wichtige Konjunkturstütze dar. Allerdings zeigt die Entwicklung der Auslandsaufträge, daß die Expansionsdynamik sich hier in der nächsten Zeit etwas abschwächen dürfte.

Vor dem Hintergrund der günstigen Außenhandelsentwicklung nehmen sich die verbreiteten Klagen über eine mangelnde internationale Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik besonders unglaubwürdig aus.

Dabei stellen die Unternehmer im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche das Lohnkostenargument in den Vordergrund: „Auf vielen Teilmärkten gingen Marktanteile wegen zu hoher Kosten an ausländische Wettbewerber verloren.“ (Arbeitgeberverband Gesamtmetall in einer Broschüre gegen die 35-Stunden-Woche). Daran stimmt so gut wie nichts.

Einmal hat die Bundesrepublik in den letzten Jahren stark an Marktanteilen gewonnen, wobei natürlich Verschiebungen auf ein-

zelen Märkten vorgekommen sind: zwischen 1980 und 1983 stieg der Anteil der Bundesrepublik am Welthandel von 10 auf mehr als 11 Prozent (zu Preisen von 1980).

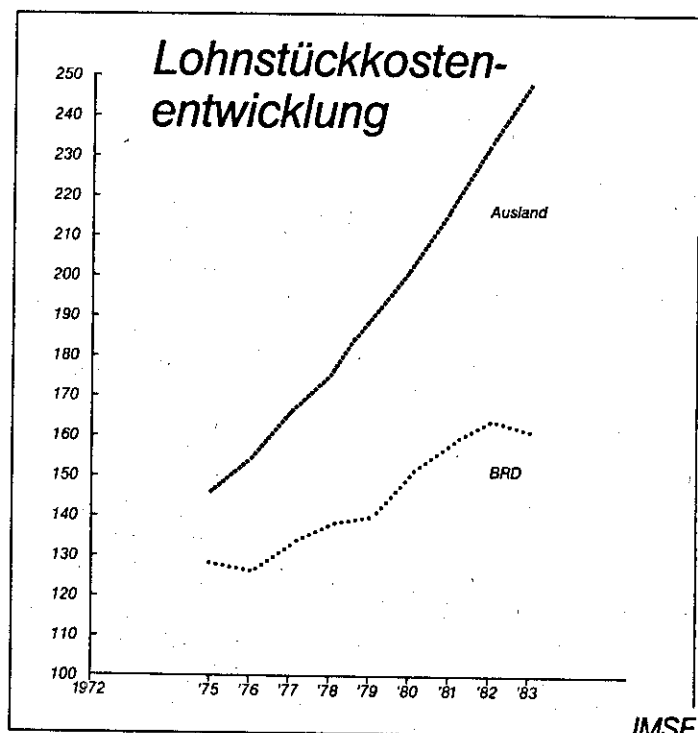
Vor allem aber sind die Lohnkosten in der Bundesrepublik im Vergleich zu den wichtigsten Handelspartnerländern in den letzten zehn Jahren sehr deutlich gesunken.

Lohnstückkostenentwicklung¹

	BRD	Ausland ²
1975	128	146
1976	126	154
1977	132	166
1978	138	175
1979	140	184
1980	151	201
1981	158	217
1982	164	232
1983	161	237

¹ Verarbeitendes Gewerbe, Index 1972 = 100

² In den 13 wichtigsten Handelspartnerländern gewogen mit Außenhandelsanteilen (Quelle: Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1983, S. 57)



Zwischen 1979 und 1983 stiegen die „Lohnkosten“ im verarbeitenden Gewerbe der Bundesrepublik um 22 Prozent, in den übrigen Industrieländern aber um 55 Prozent. Berücksichtigt man die Entwicklung der Produktivität – was mit der Berechnung der „Lohnstückkosten“ getan wird – so sind die Lohnstückkosten in der BRD im gleichen Zeitraum um 15, bei den Partnerländern aber um 29 Prozent gestiegen. Diese von der konservativ orientierten Deutschen Bundesbank in ihrem Geschäftsbericht für 1983 berechneten Ziffern verweisen jeden Hinweis auf ein angeblich zu hohes und wettbewerbsgefährdendes Lohnniveau in der Bundesrepublik in den Bereich der Legende.

1.5 Schuldenkrise der „Dritten Welt“

Der Anstieg der Zinsen in den USA in den letzten Wochen hat die schwelenden Schuldenprobleme der „Dritten Welt“ schlagartig wieder akut werden lassen. Es wird nun deutlich, daß die kurzfristigen „Feuerwehraktionen“ und Umschuldungen und die Strategie der Banken und des Internationalen Währungsfonds (IWF) gegenüber den verschuldeten Ländern die Probleme langfristig eher vergrößert haben. Optimistische Äußerungen aus Banken- und Regierungskreisen der westlichen Industrieländer stellen sich nun als irreführend heraus. Die hinsichtlich der Bewältigung der Schulden-

krise relativ optimistischen Äußerungen stützen sich vor allem auf die Tatsache, daß es den verschuldeten Ländern gelungen ist, das Defizit ihrer Handelsbilanzen erheblich zu reduzieren bzw. sogar wieder Überschüsse zu erzielen. Die vom (IWF) in die Gruppe der „Problemländer“ eingestuft Staaten konnten 1983 das Defizit ihrer Handelsbilanzen in Höhe von sieben Milliarden Dollar 1982 in einen Überschuß von etwa 24 Milliarden Dollar verwandeln.

Vor diesem Hintergrund ist es gelungen, die Kapitalflußrichtung umzukehren: Während noch 1981 aus privaten Quellen netto 16 Milliarden Dollar in die Entwicklungsländer flossen, gab es 1983 einen privaten Nettotransfer aus den Entwicklungsländern an private Gläubiger aus den kapitalistischen Industriestaaten in Höhe von 21 Milliarden Dollar. Dies ist zu unterstreichen: Allein 1983 entzogen die privaten Gläubiger den Entwicklungsländern per saldo Devisen in Höhe von 21 Milliarden Dollar.

Die Entwicklungsländer zahlen derzeit bedeutend mehr an internationale Banken zurück als sie von ihnen in Form neuer Kredite erhalten. Die öffentliche Entwicklungshilfe durch die OECD-Länder reicht zur Zeit noch aus, um den Nettokapitaltransfer der Entwicklungsländer an die privaten Gläubiger auszugleichen: sie beläuft sich seit 1981 auf etwa 25 Milliarden Dollar im Jahr. Damit ist allerdings die öffentliche Entwicklungshilfe derzeit nichts anderes als eine Umverteilung von den öffentlichen in die privaten Kassen der Kapitalanleger der kapitalistischen Länder.

Trotz eines Nettotransfers der Entwicklungsländer zugunsten der privaten Kapitalgeber wächst der Schuldenturm weiter. Die Weltbank schätzt die Verschuldung der Entwicklungsländer Ende 1983 auf etwa 810 Milliarden Dollar. Ende 1982 hatte sie noch bei 766 Milliarden Dollar gelegen. Aus jeder neuen „Feuerwehraktion“ gehen die verschuldeten Länder mit neuen Schulden hervor, deren Zins- und Tilgungslasten wiederum größer sind. Als Beispiel sei auf den von Morgan Guaranty ermittelten Finanzbedarf der 21 wichtigsten Gläubigerländer der Dritten Welt verwiesen: 1984 werden die 21 meistverschuldeten Länder der Dritten Welt für die Refinanzierung ihrer meist kurzfristigen Verschuldung und für die Deckung ihres Zusatzbedarfs an Mitteln 195 Milliarden Dollar aufbringen müssen, 1986 schon 241 Milliarden und 1990 schließlich 355 Milliarden.

Noch problematischer aber ist die Tatsache, daß die Bemühungen der verschuldeten Länder zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen, die durch die Auflagen des IWF und anderer „Feuerwehreute“ erzwungen werden, die wirtschaftliche Krise in diesen Ländern verschärfen. Der „Erfolg“ bei der Umkehr der Handelsbilanzen ist damit sowohl für die Exportwirtschaft der Industriestaaten und vor allem für die Länder der Dritten Welt krisenfördernd: so konnten die lateinamerikanischen Länder ihr Handelsbilanzdefizit von zwei Milliarden Dollar 1981 nur deshalb in einen Überschuß von etwa 30 Milliarden verwandeln, weil sie bei stagnierenden Exporten ihre Importe von 110 Milliarden auf 77 Milliarden reduzierten. Diese Politik beschränkt einerseits die Exportmöglichkeiten der Industrieländer und andererseits die Entwicklungsdynamik der Entwicklungsländer. Während die offiziellen Krisenanalytiker von einer Wachstumsbeschleunigung in den Industrie- aber vor allem in den Entwicklungsländern eine Milderung des Verschuldungsdrucks erhoffen, erschwert die gemeinsame Politik der Banken, der Regierungen und der internationalen staatsmonopolistischen Institutionen eine Regenerierung der Wirtschaft der Entwicklungsländer. Diese Politik läßt sich als das Bemühen beschreiben, aus den verschuldeten Ländern so schnell wie möglich soviel wie möglich an Finanzmitteln herauszuholen, ohne sich um die langfristigen ökonomischen Perspektiven der verschuldeten Staaten zu kümmern. Dies macht vor allem die Situation Lateinamerikas, der am meisten verschuldeten Region, deutlich. Während in den kapitalistischen Industrieländern 1983 eine zyklische Belebung der Produktion eingesetzt hat, war es das bisher schlimmste Jahr für Lateinamerika. Nach Angaben der interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) ging das Sozialprodukt der Region 1983 um drei Prozent zurück, die Pro-Kopf-Einkommen sanken real um sechs Prozent. In einigen Ländern sank der Lebensstandard unter den Stand der sechziger Jahre.

Als besonders bedrohlich vermerkt die IDB den Rückgang der Investitionstätigkeit der Region um 13 Prozent schon im Jahre 1982. Dabei ist in einigen Ländern ein regelrechter Zerfall zu beobachten: in Brasilien sanken die Investitionen um 44 Prozent, in Chile um 65 Prozent und in Costa Rica um 48 Prozent.

Wachstumsraten in Lateinamerika¹

	1980	1981	1982	1983 ²
Mexiko	+8,3	+7,9	-0,6	-4,7
Argentinien	+1,1	-6,1	-5,8	-1,0
Bolivien	+0,6	-0,7	-9,1	-
Brasilien	+7,9	-3,4	-2,2	-3,3
Chile	+7,8	+5,7	-14,3	-

¹ Wachstumsraten des Realprodukts in Prozent

² Zum Teil noch nicht veröffentlicht

(Quelle: OECD, Entwicklungszentrum; Presseberichte)

Von 120 Millionen Arbeitskräften in Lateinamerika sind nach Angaben der IDB 36 Millionen arbeitslos oder unterbeschäftigt.

Diese Entwicklung muß auch als Ergebnis der rigorosen Auflagen der Banken und des Internationalen Währungsfonds gesehen werden. Da aber der wirtschaftliche Zerfall der Schuldnerländer auf etwas längere Sicht auch deren Fähigkeit zur Schuldendienstleistung einschränkt, wird das Problem der internationalen Finanzkrise weiterhin als wichtiger Belastungsfaktor der Weltwirtschaft wirken.

Darüber hinaus wird die damit verbundene Verschlechterung des Lebensstandards von der Bevölkerung nicht widerstandslos hingenommen. Deshalb entspricht der Politik der finanziellen Ausbeutung durch die Banken auf der einen Seite die von den USA betriebene Politik der militärischen Unterdrückung. Die Situation in Mittelamerika zeigt jedoch, daß damit nur begrenzte „Erfolge“ zu erzielen sind.

2. Unternehmerrgewinne und Konzentration

Der rasante Anstieg der Unternehmerrgewinne war schon in den vorangegangenen Berichten dargestellt worden. Nach den nun vorliegenden endgültigen Ziffern der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung stellt sich das Bild wenn möglich noch günstiger für die Gewinnsituation der Unternehmen dar.

Einkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen

	Brutto		Steuern		Netto	
	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%
1978	288	+10,8	65	22,6	223	+14,8
1979	310	+7,5	66	21,2	244	+9,5
1980	307	-0,9	62	20,2	245	+0,5
1981	305	-0,8	58	19,2	246	+0,4
1982	326	+6,8	62	18,9	264	+7,2
1983	362	+11,2	64	17,6	298	+13,0
1984 ²	397	+9,5	67	16,8	330	+10,5

¹ Anteil der direkten Steuern an den Bruttoeinkommen

² Prognose des Frühjahrsgutachtens

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 3/84, S. 219; DIW-Wochenbericht 15-16/84)

Vor allem fällt der große Beitrag des Steuersystems auf: die prozentuale Steuerbelastung ist zwischen 1978 und 1984 um fast sechs Prozent zurückgegangen – gegenüber 1978 beläuft sich die Steuerentlastung der Gewinne auf etwa 23 Milliarden DM.

Damit wird sich 1984 die Summe der Nettoeinkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen gegenüber dem Krisenjahr 1974 mehr als verdoppelt haben. Die Summe der Nettolöhne und -gehälter dagegen ist nur um etwas mehr als 50 Prozent angestiegen. Zwischen 1981 und 1984 sind die Nettogewinne um 34 Prozent, die Summe der Nettolöhne und -gehälter aber um ganze vier Prozent gestiegen.

Die Nettolohn- und -gehaltssumme stieg zwischen 1974 und 1984 um 180 Milliarden, die Nettogewinnschumme um 170 Milliarden.

Noch günstigere Ergebnisse als die statistisch doch sehr ungenaue Kategorie der Einkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen weisen die Gewinnschätzungen der großen Unternehmen aus.

Die BHF-Bank hat in ihrer jüngsten Gewinnsschätzung die Ertrags-erwartungen vieler Unternehmen nochmals nach oben korrigiert, sie erwartet für 1984 eine nochmalige Gewinnsteigerung (nach 20 Prozent 1983) um 15 Prozent. Diese Schätzung bezieht sich auf die großen börsennotierten Aktiengesellschaften.

Noch günstiger stellt sich die Gewinnlage der Banken dar, wobei hier angemerkt werden muß, daß die Bankengewinne auch in den Krisen Jahren 1980/81/82 jeweils um ein Drittel gestiegen waren.

Großbanken 1983

	Commerzbank		Deutsche Bank		Dresdner Bank	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Zinsüberschuß	1334	+43,5	3136	+10,7	1702	+19,9
Betriebsergebnis	752	+73,6	2044	+13,6	951	+39,3
Jahresüberschuß	151	+146,7	469	+55,2	229	+64,5

(Quelle: Geschäftsberichte)

Die große Differenz zwischen Jahresüberschuß und Betriebsergebnis erklärt sich vor allem aus den hohen Rückstellungen und Wertberichtigungen auf als riskant eingeschätzte Kredite und Wertpapiere. So suchen die Banken sich auf Kosten der Kreditnehmer, die diese Rückstellung über den hohen Zinsüberschuß finanzieren müssen, zu sichern.

Ein Zeichen der großen Gewinndifferenzierung innerhalb der Gesamtwirtschaft ist die Tatsache, daß trotz der insgesamt glänzenden Gewinnsituation die Zahl der Insolvenzen und Unternehmenszusammenbrüche kaum zurückgeht.

1983 war mit 16 114 Insolvenzen der absolute Höchststand erreicht worden. Seit der Jahresmitte 1983 war der Trend etwas abwärts gerichtet. Trotzdem war im ersten Vierteljahr 1984 der Höchststand von Anfang 1983 nur um viereinhalb Prozent unterschritten. Die Verbesserung der Ertragslage konzentriert sich offensichtlich im Bankenbereich und bei den großen Unternehmen.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Nach einer nun immerhin schon eineinhalb Jahre währenden zyklischen Belebung der Konjunktur steht die Entwicklung der Löhne und Gehälter noch immer unter dem Eindruck der Krise. Die bisher vereinzelt abgeschlossenen neuen Lohnverträge beinhalten tarifliche Aufbesserungen um drei bis dreieinhalb Prozent, liegen also etwa auf Vorjahreshöhe.

Gestützt wird die Lohnentwicklung durch die nun wieder positive Lohndrift: die Effektiveinkommen steigen stärker als die Tarifeinkommen, vor allem eine Folge der rückläufigen Kurzarbeit und der verschiedentlich wieder zunehmenden Überstunden.

Tariflohn- und -gehaltsniveau¹

	1983				1984
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
	+3,8	+3,2	+3,0	+3,0	+3,0

¹ Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Nach den vorliegenden Prognosen wird der seit 1980 anhaltende Reallohnabbau auch 1984 anhalten. Die Kaufkraft der Löhne und Gehälter je Beschäftigten wird nochmals leicht um ein halbes Prozent sinken. Der durchschnittliche Reallohn würde demnach 1984 den Stand von 1977 unterschreiten. Während die Kaufkraft der durchschnittlichen Arbeitseinkommen 1984 nicht höher liegt als 1977, ist die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen um mehr als 13 Prozent angestiegen.

Entwicklung der Arbeitsproduktivität

	Gesamtwirtschaft ¹	Produzierendes Gewerbe ²
1970	+3,8	+5,6
1971	+2,5	+1,2
1972	+4,4	+5,9
1973	+3,8	+4,3
1974	+1,9	+0,5
1975	+1,2	0,0
1976	+6,4	+8,7
1977	+3,2	+3,0
1978	+2,5	+3,3
1979	+2,8	+4,6
1980	+0,8	-0,5
1981	+0,8	+0,8
1982	+0,8	+0,6
1983	+2,7	+4,5
1984 ³	+2,7	+4,5

¹ Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen² Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, je Erwerbstätigen³ Berechnet nach Prognose des Frühjahrsgutachtens

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.; Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe S. 5; DIW-Wochenbericht 15-16/1984)

Die Lohnabhängigen haben also von der gestiegenen Arbeitsleistung in keiner Weise profitiert, denn auch die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten ist praktisch unverändert geblieben.

Monatliche Nettoarbeitseinkommen je Beschäftigten

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
Nominal	898	982	1074	1156	1264	1348	1408
Real ¹	898	933	967	974	994	1000	1003
	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983
Nominal	1487	1579	1675	1758	1838	1891	1935
Real ¹	1021	1055	1075	1070	1056	1032	1025

¹ In Preisen von 1970, in DM, Gesamtwirtschaftlicher Durchschnitt (Quelle: Berechnet nach Wirtschaft und Statistik, lfd.)

Geht man von der „Frühjahrsprognose“ für 1984 aus, so wird die „Lohnquote“, d. h. der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit (= Bruttolöhne und -gehälter + Arbeitgeberanteile der Sozialversicherung), mit 70,7 Prozent den niedrigsten Stand seit 1972 erreichen. Die „bereinigte Lohnquote“, bei der der steigende Anteil der Arbeiter und Angestellten an den Erwerbstätigen insgesamt berücksichtigt wird, wird mit 62,5 Prozent (Basis ist die Beschäftigungsstruktur von 1960) den tiefsten Stand seit 1969 erreichen.

Stärker als die Reallohne und -gehälter der Beschäftigten sinken inzwischen die Masseneinkommen. Diese schließen neben den Arbeitseinkommen auch die Sozialeinkommen ein. Diese waren immerhin mit 256 Milliarden DM im Jahre 1983 etwa halb so hoch wie die Summe der Nettolöhne und -gehälter, die in diesem Jahr bei 510 Milliarden DM lag. Für die Entwicklung der Konsumtionskraft haben die Sozialeinkommen also ebenfalls eine große Bedeutung.

Sozialeinkommen 1983

	Mrd. DM	% ¹
Insgesamt	256,1	+ 2,6
Arbeitsmarktförderung	24,3	+ 15,1
Renten der Rentenversicherung	137,0	+ 3,2
Öffentliche Pensionen	23,0	0,0
Kriegsopferversorgung	10,3	- 1,2
Geldleistungen der Kranken-/Unfallversicherung	16,9	+ 1,0
Kindergeld	14,7	- 9,4
Sozialhilfe	7,9	+ 7,6
Ausbildungsbeihilfen	2,7	- 12,1
Sonstiges	19,2	+ 2,0

¹ In Prozent gegenüber dem Vorjahr, nominal (Quelle: Wirtschaft und Statistik, 3/84, S. 224)

Der nur noch geringfügige Anstieg im Jahre 1983, ein realer Rückgang um etwa ein halbes Prozent, muß vor dem Hintergrund der gerade 1983 zugespitzten sozialen Probleme gesehen werden. Die Arbeitslosigkeit stieg um fast ein Viertel, die Kurzarbeit erreichte einen neuen Rekordstand, die Zahl der Renteneempfänger erhöhte sich um gut ein Prozent.

Entwicklung der Masseneinkommen¹

	Nominal	Real
1980	+7,0	+1,5
1981	+4,9	-1,0
1982	+1,9	-3,4
1983	+1,1	-1,9

¹ In Prozent gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Wie das folgende Beispiel zeigt, sind im Durchschnitt von 1984 effektive Lohnerhöhungen von über vier Prozent notwendig, um die Kaufkraft der Arbeitseinkommen zu erhalten. Folgendes Beispiel macht dies deutlich:

Eine Erhöhung um brutto 3,3 Prozent, wie die Metallarbeitgeber angeboten, ergibt eine Nettoverbesserung von 2,4 Prozent. Bei einer erwarteten durchschnittlichen Preiserhöhung um drei Prozent (wie im Vorjahr) würde dies die Kaufkraft der Arbeitseinkommen weiter verringern.

Anzumerken ist auch, daß durch die Einbeziehung der Jahresabschlußzahlungen in die Beitragspflicht zur Sozialversicherung die

Arbeiter, Lohnsteuerklasse IV, zwei Kinder

	1983	1984	%
Bruttomonatseinkommen ¹	2900,—	3016,—	+4,0
Lohnsteuer	507,30	546,80	+7,8
Kirchensteuer	39,80	43,40	+9,0
Sozialabgaben ²	506,40	526,—	+3,8
Nettomonatseinkommen	1846,50	1899,80	+2,9

¹ Durchschnittliches Monatseinkommen eines männlichen Industriearbeiters 1983, in DM² Berücksichtigt ist eine Senkung des Krankenkassenbeitrags von 12,3 auf 11,8 Prozent im September 1983 (AOK Frankfurt/M.). Gleichzeitig wurde der Beitrag zur Rentenversicherung um 0,5 auf 18,5 Prozent erhöht. (Quelle: Gesamtabzugstabelle 1984)

Einkommensentwicklung auf Jahresbasis zusätzlich gedrückt wird. Dies wird in dem obigen Beispiel ausgeklammert. Tatsächlich aber beinhaltet die seit 1984 geltende Einbeziehung der Einmalzahlungen in die Sozialabgabenpflicht für den oben angeführten Durchschnittsverdiener – bei angenommenen Sonderzahlungen in Höhe eines dreizehnten Monatsgehalts – zusätzliche Abzüge in Höhe von etwa 300 DM im Jahr. Eine durchschnittliche zusätzliche Nettolohnerhöhung von 25 DM im Monat wäre also zum Ausgleich dieser Zusatzbelastung der Sonderzahlungen notwendig: dies würde eine prozentuale Bruttolohnerhöhung von gut sechs Prozent erfordern, soll das Ziel des Reallohnhalts erreicht werden.

3.2 Steuern

Die durchschnittliche Belastung der Löhne und Gehälter mit Steuern und Sozialabgaben hat sich 1983 überaus kräftig erhöht, sie steigt auch 1984 weiter an. Dies ist vor allem eindrucksvoll, wenn man die Summen von Bruttoarbeitseinkommen und Lohnsteuern betrachtet: 1983 stieg die Summe der Bruttolöhne und -gehälter um 9,4 Milliarden DM, die Summe der öffentlichen Abgaben darauf aber um 9,0 Milliarden. Für den einzelnen Beschäftigten ergab sich folgendes: sein Bruttoarbeitseinkommen erhöhte sich 1983 durchschnittlich um 1069,— DM im Jahr, die Abgaben stiegen um 611,— DM.

Auch 1984 werden von jeder Mark, die die Beschäftigten sich (pro Kopf) zusätzlich erkämpfen, 52 Pfennige in die öffentlichen Kassen fließen. Seit 1982 liegt diese durchschnittliche „Grenzbelastung“, immer über 50 Prozent – ausgerechnet unter CDU-Ägide, die die hohe Steuerbelastung immer agitatorisch gegen die SPD gewendet hatte. Nach dem jetzigen Stand der Diskussion wird die angekündigte Steuerreform daran vor allem für die unteren und mittl-

ren Einkommensgruppen kaum etwas ändern – ganz abgesehen davon, daß frühestens für 1986 Maßnahmen angestrebt werden.

Durchschnittsbelastung der Arbeitseinkommen

	Bruttolohn- gehalts- summe	Lohnsteuer- belastung in % ¹	Sozial- abgaben in %	Abgaben insgesamt in %
1960	124,5	6,7	9,4	16,1
1970	307,9	12,0	10,7	22,7
1980	687,8	16,7	13,2	29,9
1981	717,2	16,8	13,6	30,3
1982	731,9	17,4	14,0	31,4
1983	741,2	18,0	14,3	32,2
1984 ²	773,1	18,4	14,6	33,0

¹ Lohn-/Kirchensteuer, Sonderabgaben² Geschätzt

(Quelle: Ifo-Schnelldienst 5/1984, S. 4)

Wie ein Blick auf die durchschnittliche Steuerbelastung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (siehe oben Abschnitt 2) zeigt, war die Lohnsteuerbelastung erstmals 1983 höher; 1984 werden die Arbeitseinkommen um durchschnittlich eineinhalb Prozent stärker steuerlich belastet als die Gewinne.

Für den Durchschnittsverdiener stellt der Übergang von der Proportionalzone der Besteuerung (gleichmäßige Belastung mit 22 Prozent) in die Progressionszone ein wachsendes Problem dar. Noch 1980 befanden sich 59,9 Prozent der Lohnsteuerpflichtigen mit ihren Einkommen in der unteren Proportionalzone; 40 Prozent wurden von der Progression erfaßt, 0,1 Prozent lagen in der oberen Proportionalzone, wurden also mit einem Teil ihres Einkommens vom gleichbleibenden Spitzensteuersatz in Höhe von 56 Prozent erfaßt. Seither dürften sich die Anteile aber weiter verschoben haben, nach einer Statistik von 1982 sollen in diesem Jahr bereits etwa 45 Prozent der Lohnsteuerpflichtigen in der Progressionszone gelegen haben. Bei sinkender Kaufkraft geraten immer mehr Einkommen in den Progressionsbereich der Lohnsteuer – eine dem Prinzip der „Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit“ diametral widersprechende Entwicklung.

Auch die geplante Steuerreform wird an dieser Situation nichts ändern, denn bei allen Unterschieden innerhalb der Regierungsparteien ist vor allem an eine Milderung der Progressionsdynamik für die oberen Einkommensgruppen gedacht.

Eine überschlägige Schätzung des Ifo-Instituts ergibt folgendes: Ohne Steuerreform wird die Durchschnittsbelastung mit Lohnsteuern (ohne Kirchensteuer und Sonderbelastungen) von 1983 etwa 16,5 auf 19,3 Prozent 1987 angestiegen sein. Bei Einschluß der Kirchensteuer würde sie dann schon bei etwa 20,5 Prozent liegen: Geht man davon aus, daß das von Bundesfinanzminister Stoltenberg genannte Entlastungsvolumen von 25 Milliarden DM im Jahre 1987 realisiert würde, so würde die Durchschnittsbelastung in diesem Jahr auf etwa 17,5 Prozent (ca. 18,6 inkl. Kirchensteuer) reduziert werden (Vgl. Ifo-Schnelldienst, 5/1984, S. 13). Dies würde immer noch leicht über der Belastung von 1984 liegen; diese wäre deutlich höher als in der Periode 1975 bis 1981, also unter SPDgeführten Regierungen. Gleichzeitig kann davon ausgegangen werden, daß einige Verbrauchsteuern erhöht werden, die prozentual vor allem die unteren Einkommensgruppen belasten. Tatsächlich wird also – wenn man die Gesamtwirtschaft betrachtet – „mehr Staat“, d. h. eine gesamtwirtschaftlich höhere Steuerquote herauskommen. Die rapide anwachsende Steuerlast aber wird in steigendem Maße von der Masse der kleinen und mittleren Einkommensbeziehern getragen werden.

3.3 Preise

Die Verbraucherpreise sind in den letzten Monaten wieder etwas stärker angestiegen als bis Mitte 1983, die Inflation hat sich wieder etwas belebt.

Lebenshaltung 1984¹

	Veränderung in % gegenüber	
	Vormonat	Vorjahr
Januar	+0,5	+2,9
Februar	+0,3	+3,1
März	+0,1	+3,2
April	+0,2	+3,2

¹ Alle Haushalte, Preisbasis 1976

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.)

Ausgewählte Preisindizes 1984

	Industrie- preise		Landwirtschafts- preise		Import- preise		Großhandels- preise	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	+0,6	+2,3	-1,3	-1,4	+1,4	+5,8	+0,7	+3,4
Februar	+0,2	+2,6	+3,0	+2,2	-0,7	+5,5	+0,7	+4,9
März	+0,2	+3,1	+0,9	+3,4	-0,7	+6,1	-0,1	+5,4
April	+0,4	+3,1	—	—	+0,6	+6,6	+0,3	+4,9

(1) In % gegenüber dem Vormonat

(2) In % gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Ein wichtiger Faktor für die immer noch relativ niedrige Inflation in den kapitalistischen Industrieländern, sind die anhaltend niedrigen Rohstoffpreise. Bei Einbeziehung der Energierohstoffe ist das Preisniveau seit Anfang 1983, dem zyklischen Tiefpunkt, nur ganz geringfügig angestiegen. Am stärksten haben sich 1983 noch Ernährungsgüter verteuert (+18 Prozent), Industrierohstoffe ohne Energie sind nur wenig (+5 Prozent) angestiegen, Energierohstoffe haben sich überhaupt nicht verteuert.

Weltrohstoffpreise

	VWD-Index ¹	Ohne Energie	HWVA-Index ² Mit Energie
1973	—	90	52
1974	—	117	104
1978	119	113	116
1980	164	157	226
1981	175	136	241
1982	162	118	229
1983	192	123	209
1984	—	—	—
Jan.	219	129	206
Febr.	212	129	206
März	210	132	208

¹ Auf DM-Basis, Index 1972 = 100 erst ab Oktober 1978 berechnet² Auf Dollar-Basis, Index 1975 = 100

(Quelle: Frankfurter Allgemeine v. 16. 4. 84)

Einige Verschiebungen bei den Verbraucherpreisen werden sich aus der unlängst erfolgten „Umbasierung“ des Preisindex der Lebenshaltung durch das Statistische Bundesamt ergeben. Lag dem alten Index die Verbrauchsstruktur des Jahres 1976 zugrunde, so wird nun von 1980 ausgegangen. Notwendig sind solche Anpassungen, weil die Verbrauchsgewohnheiten sich ändern. Der allgemein als „Inflationsrate“ betrachtete Index der Lebenshaltung ergibt sich nämlich aus den Preisen für etwa 750 Produkte, die monatlich mehr oder weniger genau erfaßt werden. (Vgl. zur Methodik und Kritik: Eberhard Dähne/Jörg Dieckhoff, Die Preisindizes für die Lebenshaltung und die Entwicklung der Verbraucherpreise, IMSF-Informationsbericht Nr. 32)

Nun verändern sich die Verbrauchsstrukturen laufend, bestimmte Produkte verschwinden ganz vom Markt, neue erscheinen (Beispiel: Tonbandgeräte und Videorecorder). Bestimmte Produkte verringern ihren Anteil an den Verbrauchsausgaben (z. B. Lebensmittel) andere Ausgaben (Beispiel: Mieten, öffentliche Gebühren) verschlingen einen wachsenden Einkommenanteil.

Jetzt liegen die ersten Ergebnisse der Neuberechnung des Index vor und bestätigen die Kritik am alten; gegen das „Basisjahr“ 1976 war z. B. vom IMSF eingewendet worden, daß damit ein völlig untypisches „Boomjahr“ gewählt worden ist, in dem z. B. die Ausgabenanteile für Energie zu niedrig und für langlebige Gebrauchsgüter zu hoch geschätzt werden mußten. Im Ergebnis – so das IMSF – würde der Index den Preisanstieg unterschätzen.

Die vergleichende Berechnung des Statistischen Bundesamtes bestätigt diese Kritik für die letzten Jahre.

Preisindex der Lebenshaltung¹

	Bisheriger Index ²	Neuer Index ³
1981	+5,9	+6,3
1982	+5,3	+5,3
1983	+3,0	+3,3
1984	-	-
Jan.	+2,9	+2,7
Febr.	+3,1	+2,9
März	+3,2	+3,1

¹ Alle Haushalte, Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr
² Basisjahr 1976 ³ Basisjahr 1980
 (Quelle: Statistisches Bundesamt, It. Frankfurter Rundschau v. 15. 5. 84)

Der neue Index ergibt also für die letzten drei Jahre eine deutlich raschere Preiserhöhung – mit allen Konsequenzen für die tatsächliche Reallohnentwicklung. Diese sind demnach seit 1980 um nahezu ein Prozent stärker gesunken als bisher angenommen.

Gegenwärtig fällt der Preisanstieg nach dem neuen Index geringfügig niedriger aus als nach dem alten, die Tendenz ist aber ebenfalls nach oben gerichtet.

3.4 Aktionen der Arbeiterklasse

Schon in der letzten Ausgabe der „Informationen“ war auf das hohe Niveau von Abwehrkämpfen gegen Arbeitsplatzvernichtung im Jahre 1983 hingewiesen worden. Dies hatte sich unter anderem in der bisher im Jahresdurchschnitt höchsten Zahl an Betriebsbesetzungen ausgedrückt. Unter den insgesamt 16 Besetzungen mit 12 800 Betroffenen ragen vor allem die beiden Werftbesetzungen der HDW Hamburg und AG Weser Bremen heraus. Wir veröffentlichen erstmals eine Aufstellung aller besetzten Betriebe 1983.

Die innergewerkschaftliche Diskussion über neue Aktionsformen wurde durch diese Erfahrungen forciert, wie der Verlauf des Gewerkschaftstages der IG Metall im Herbst 1983 zeigte. Da der ökonomische Druck als Element des Arbeitskampfes unter Bedingungen der Krise an Wirkung verliert, schält sich die Politisierung als Druck- und Kampfmittel als Kern einer notwendigen neuen Arbeitskampfstrategie heraus.

Diese Überlegungen gewannen aktuelle Bedeutung angesichts der Zuspitzung des Tarifkonflikts um die 35-Stunden-Woche. Nachdem sowohl in der Druck- wie in der Metallindustrie die Verhandlungen gescheitert waren und auch Spitzengespräche keinerlei Zugeständnisse von Seiten der Unternehmerverbände signalisierten, nahmen die gewerkschaftlichen Aktionen an Intensität und Ausmaß zu.

Nach zahlreichen Warnstreikwellen fanden in der Druckindustrie befristete Wechselstreiks statt, die für die Unternehmer weitgehend unkalkulierbar blieben. Gleichzeitig wurden in zahlreichen Unternehmen Urabstimmungen durchgeführt. Bis zur ersten Mai-Woche wurde in 219 Betrieben abgestimmt. Daran beteiligten sich 24 000 Beschäftigte, von denen im Durchschnitt 80,98 Prozent für Streik stimmten. In 29 Betrieben blieb das Ergebnis unter 75 Prozent: Die Arbeitskampfstrategie der IG Druck und Papier sieht eine langsame Steigerung und Verlängerung der befristeten Kampfmaßnahmen vor und ist auf einen langen Konfliktzeitraum eingestellt.

Bis Anfang Mai dauerte in der Metallindustrie die Vorbereitungsphase des Arbeitskampfes, die im wesentlichen durch öffentliche Veranstaltungen, Kundgebungen und Warnstreiks geprägt war. An den Warnstreiks beteiligten sich über 800 000 Beschäftigte.

Am 25. April beschloß der Vorstand der IG Metall, Anfang Mai in zwei Bezirken die Urabstimmung durchzuführen. Am 3./4. Mai stimmten im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden bei einer Beteiligung von über 96 Prozent fast 207 000, das sind 80,11 Prozent der IG-Metall-Mitglieder, für Streik. In Hessen stimmten am 8./9. Mai bei einer noch höheren Beteiligung von 97,37 Prozent fast 83 000, das sind 80,77 Prozent, für Arbeitskampf. Obwohl dies in

der Geschichte der Arbeitskämpfe der IG Metall zu den niedrigsten Urabstimmungsergebnissen zählt, ist das Ergebnis angesichts der Verunsicherung durch die Krise, dem enormen Druck der Unternehmer und der Rechtsregierung und der propagandistischen Vorbereitung durch die Medien ein beachtlicher Beleg der mobilisierbaren Kampfbereitschaft. Die IG Metall begann den Arbeitskampf am 14. Mai in Nordwürttemberg/Nordbaden in etwa einem Dutzend Betrieben mit ca. 12 000 gewerblichen Beschäftigten. Sie verfolgte dabei die „Strategie der Nadelstiche“, indem gezielt Unternehmen der Zulieferindustrie der Automobilbranche bestreikt wurden. Innerhalb weniger Tage, an denen die Zahl der Streikbetriebe nur unerheblich ausgeweitet wurden, zeigte sich die Fernwirkung des Streiks, als ein Automobilkonzern nach dem anderen mit Einstellung der Produktion, sprich „kalter Aussperrung“, drohte. Das Werk Sindelfingen von Daimler-Benz wurde daraufhin ab dem 16. Mai ohne Zustimmung des Vorstands der IG Metall spontan bestreikt.

Da die Unternehmer eine Aussperrung ab dem 22. Mai in Baden-Württemberg beschlossen haben, reagierte der Bundesvorstand des DGB mit der Aufforderung zu Solidaritätsstreiks und -aktionen bundesweit. In Hessen begann der Arbeitskampf am 21. Mai in Metallbetrieben mehrerer Branchen, darunter Opel Rüsselsheim.

Die Front der unmittelbar agierenden Gewerkschaften wird dadurch erweitert, daß auch die HBV für den Bereich des Groß- und Außenhandels, des Einzelhandels und der Versicherungen die 35-Stunden-Woche fordert. Obwohl die DAG im Bankenbereich eine Vorruhestandsregelung abgeschlossen hat, führt die HBV hier die Bewegung mit zahlreichen Warnstreiks für eine Wochenarbeitszeitverkürzung weiter. Zu Ende Juni sind die tariflichen Arbeitszeitbestimmungen für den öffentlichen Dienst, Post und Bahn von den DGB-Gewerkschaften gekündigt. Die ÖTV, DPG und die GdED fordern ebenfalls die 35-Stunden-Woche.

Demgegenüber wurde Anfang Mai von der NGG eine Rahmenvereinbarung über eine Tarifrante von 75 Prozent (des Bruttomonats-einkommens) abgeschlossen. Der Zeitpunkt der Bekanntgabe fiel mit den Urabstimmungen in der Metallindustrie zusammen. Um eine Vorruhestandsregelung verhandeln ebenfalls die IG Bau-Steine-Erden und die Gewerkschaft Textil-Bekleidung.

Tarifabschlüsse bis April 1984

Gew.	Bereich (Betroffene)		Abschluß
GHK	holzverarb. Industrie Hessen und Bayern (47 800)	1. Quartal	+ ca. 3,0 %
BSE	Bauindustrie (935 800)	April	+ 3,3 %, Verhandlungsabsicht über Vorruhestandsregelung
GGLF	Erwerbsgartenbau NRW (20 000)	März	+ 4,5 %
DruPa	Papier- und pappeverarb. Industrie (95 100)	März	+ 3,4 %
GTB	Textilreinigungsgewerbe (50 400)	März	+ 3 % ab 1. 3., 1,8 % stufenweise ab 1. 11.

(Quelle: Archiv Soziale Bewegungen)

Die Lohn- und Gehaltsabschlüsse in den zurückliegenden Monaten lagen im materiellen Niveau zwischen 3 und 3,5 Prozent Erhöhung. Zu den quantitativ bedeutenderen Bereichen zählt das Tarifabkommen in der Bauindustrie für ca. 1 Million Beschäftigte mit 3,3 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung und die Lohn- und Gehaltsabschlüsse im Bereich der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten um 3 Prozent.

3.5 Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Ende 1983 errechnet sich erstmals seit dem Beginn der Krise eine leichte Erhöhung der Beschäftigtenzahl. Diese Tendenz hat sich auch im ersten Vierteljahr 1984 fortgesetzt. Die Erhöhung ist – in

saisonbereinigter Betrachtung – allerdings minimal und signalisiert keineswegs eine „Wende“ in der Arbeitsmarktentwicklung.

Sie wurde fast ausschließlich durch die Entwicklung in der Bauwirtschaft getragen. Hier hat sich die leichte Aufwärtstendenz allerdings in den letzten Monaten schon wieder abgeschwächt. Das Vorjahresniveau der Beschäftigung ist in der Gesamtwirtschaft immer noch unterschritten.

Bei stagnierender und auch bei etwas anwachsender Beschäftigung steigt die Arbeitslosigkeit trotzdem an: Denn die Zahl der Erwerbspersonen, also der Arbeitssuchenden, wächst immer noch jährlich um etwa 100 000 Personen.

Bei den registrierten Ziffern der Arbeitslosen war es der Bundesregierung und den Arbeitsämtern gelungen, im Herbst 1983 statistisch eine leichte Besserung der Arbeitsmarktlage auszuweisen. Die saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen waren zwischen August 1983 und Januar 1984 etwas zurückgegangen. Die Möglichkeiten der statistischen Manipulation durch „Karteibereinigungen“ und ähnliche Maßnahmen scheinen aber zur Zeit erschöpft: Seit Februar 1984 steigen auch die saisonbereinigten registrierten Zahlen wieder an.

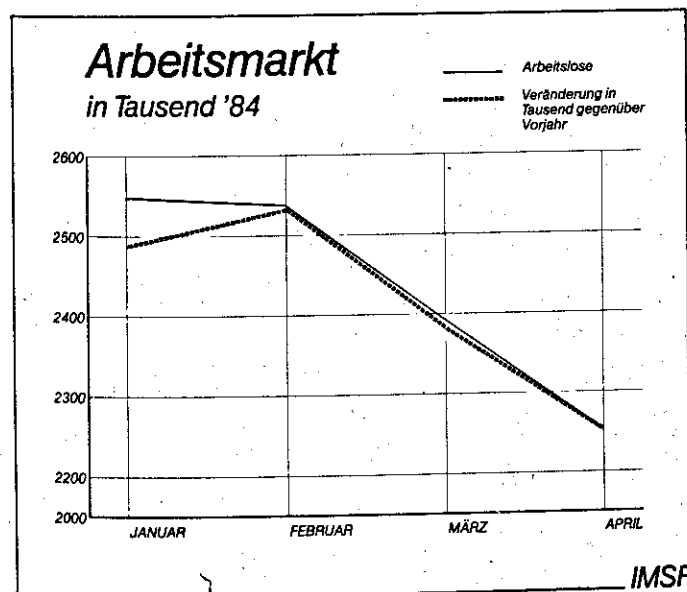
Arbeitsmarkt

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Offene Stellen	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Jan.	2539	+ 52	566	– 626	70	+ 8
Febr.	2537	+ 1	644	– 504	80	+ 11
März	2393	+ 7	618	– 405	93	+ 11
April	2253	0	489	– 275	94	+ 12

(1) In 1000 Personen (2) Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr
 (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Im April 1984 war erstmals seit Krisenbeginn der Vorjahresstand der registrierten Arbeitslosigkeit nicht mehr überschritten. Im Durchschnitt der ersten vier Monate aber hat es 1984 immer noch etwa 15 000 Arbeitslose mehr gegeben als im gleichen Zeitraum 1983.

Bei den Statistiken über die Beschäftigungsentwicklung wird nicht zwischen Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigung unterschieden. Dadurch wird die Beschäftigungsentwicklung der letzten Jahre generell zu günstig ausgewiesen. So ging die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 1980 und 1983 um etwa eine Million zurück.



In der gleichen Zeit erhöhte sich die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten um etwa 120 000.

Teilzeitbeschäftigte¹

	Frauen	Männer
1978	1397	104
1979	1467	108
1980	1549	110
1981	1603	114
1982	1643	119
1983 ²	1660	120

¹ In 1000, Sozialversicherungspflichtige

² Schätzung
 (Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, 3/1984, S. 224)

Die statistischen Auskünfte über Teilzeitarbeit sind allerdings sehr ungenau: Nach den Ergebnissen des Mikrozensus, also der Befragung eines repräsentativen Bevölkerungsquerschnitts, waren im Frühjahr 1982 2,9 Millionen Personen in Teilzeitarbeit beschäftigt, also über 11 Prozent der Erwerbstätigen. Aber auch bei dieser Statistik ergibt sich in den Krisenjahren eine deutliche Zunahme.

Ein wichtiges Merkmal der Struktur der Arbeitslosigkeit ist die zunehmende Zahl der Langzeitarbeitslosen, die praktisch kaum eine Vermittlungschance haben.

Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit¹

	Männer	Frauen	Zusammen
1970	6,9	3,0	4,9
1975	6,2	5,7	6,0
1980	7,9	7,3	7,6
1981	7,4	7,5	7,4
1982	8,5	8,6	8,5
1983	10,6	9,9	10,3

¹ Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit in Monaten der Ende September als arbeitslos Registrierten
 (Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, 3/84, S. 227)

Ende September 1983 waren fast 30 Prozent, über 600 000 Arbeitslose, länger als ein Jahr ohne Beschäftigung. Fast zehn Prozent der Registrierten (etwa 200 000) waren schon länger als zwei Jahre erwerbslos.

Verbunden mit der Zunahme der Zahl der Langzeitarbeitslosen ist auch ein Anwachsen der „stillen Reserve“. Die für den Arbeitsmarkt relativ optimistische Prognose der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute („Frühjahrgutachten“) – das Gutachten erwartet einen Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit um etwa 100 000 Personen im Jahr 1984 – rechnet denn auch damit, „daß sich Arbeitslose in die stille Reserve zurückziehen“ (DIW-Wochenbericht 15–16/1984, S. 186), d. h., daß Arbeitslose statistisch und damit oft auch tatsächlich „ausgegrenzt“ werden. Wegen der desolaten Situation der Erwerbsstatistiken veröffentlicht das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung derzeit keine Schätzungen des Umfangs der „stillen Reserve“. Aus einer Untersuchung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft aber geht hervor, daß ihr Umfang inzwischen die Millionengrenze überschritten hat.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, Klaus Pickshaas
 Der Abschnitt 1.2 wurde von Elvio Dal Bosco verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 21. 5. 1984. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurfürstenstr. 18, Postfach 900749, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 40.– DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 3.– DM, Jahresabonnement 12.– DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.

Betriebsblockaden und -besetzungen 1983

Betrieb, Standort	Gewerkschaft	Zeitraum	Anlaß	Aktionsform	Betroffene	Ergebnis
Heckel-Drahtseilfabrik (Arbed) Saarbrücken-Burbach	IGM	4. 11. 82– 5. 2. 83	geplante Stilllegung	Betriebsbesetzung, Weiterführung der Produktion	220	Stilllegung, 80 Beschäftigten wurden Ersatzarbeitsplätze angeboten
Maschinenfabrik Lindner Westberlin	IGM	Dez. 82– März 83	Konkurs	Betriebsrat übernimmt die Geschäftsleitung und führt die Produktion weiter	300	IGM-Innovationsberatungsstelle arbeitete alternative Produktions- und Unternehmensstrategie aus. Der Westberliner Senat machte vage finanzielle Zusagen
Alcan-Aluminiumhütte Ludwigshafen	IGM	31. 1. 83 (6 Std.)	Stilllegung, geplantes Abschalten der Öfen	Betriebsbesetzung. Das Abschalten bzw. die Zerstörung der Öfen wurde erfolgreich verhindert	200	Stillhalteabkommen bis zum 2. 2. 83. Die Landesregierung gewährte einen „Überbrückungszuschuß“ von 4 Mio DM
Kleiderfabrik Bücking Alsfield	GTB	22. 2.– mind. 3. 3. 83	Konkurs, drohende Stilllegung	Betriebsbesetzung, um die Gläubiger am Abtransport der Maschinen und Fertigwaren zu hindern. Solidaritätsstreik in vielen Alsfelder Betrieben (10 Min.)		
Intercolor Paderborn	Drupa	14. 1.– 15. 1. 83	Teilstilllegung	Torbesetzung, um den Abtransport der Anlagen insbesondere der HDV-Anlage zu verhindern.	125	Arbeitsgericht erklärte die Teilstilllegung als rechters
Nona-Werk Mai GmbH & Co. KG	GTB	29. 1.– 3. 2. 83	Konkurs	Betriebsbesetzung, um den Abtransport der Maschinen zu verhindern	70	Die Stadt Dortmund, das Arbeitsamt und der Konkursverwalter erreichten die Übernahme des Betriebs von einem neuen Unternehmer. 52 Frauen wurden übernommen. Die Arbeitshetze wurde extrem verschärft. Konkurs vorläufig verhindert
Mönninghoff Bomin Hattingen	IGM	11. 5.– 17. 5.	Stilllegung	Torbesetzung	1000	
Glücksklee GmbH Carnation Comp. Marktbreit	NNG	6. 9.– 7. 9. 83	Teilstilllegung	Betriebsbesetzung	250	Stilllegung
HDW Hamburg	IGM	12. 9.– 21. 9. 83	Teilstilllegung	Betriebsbesetzung	4500	Teilstilllegung
AG Weser Krupp Bremen	IGM	19. 9.– 26. 9. 83	Stilllegung	Betriebsbesetzung, am 22. 9. öffentliche Solidaritätsveranstaltung auf der Werft (5000 Besucher)	2000	Stilllegung
Maschinenfabrik Arendt Sersheim	IGM	10. 10.– 15. 10. 83	Konkurs	Betriebsbesetzung, Alternativkonzeption zur Weiterführung des Werks	100	Übernahmeverhandlungen mit dem Eigentümer, durch fehlende Bankunterstützung gescheitert
Hanomag Hannover	IGM	1.– 8. 11. 83	Zusammenbruch des Mutterkonzerns (IBH)	Torbesetzung, um den Abtransport von unbezahlten oder verpfändeten Materialzulieferungen zu verhindern	2500	Weiterführung des Werks, Massenentlassungen
Alu-Gießerei Kamm Renningen	IGM	5.– 10. 11. 83	Kündigung eines türkischen Betriebsrats	Streik, Torblockade, um Streikbrecherarbeiten von Leiharbeitskräften zu verhindern, mehr – Polizeieinsatz, um Zutritt gewaltsam zu ermöglichen	100	Wiedereinstellung des BR. Zugeständnisse bei der Schicht- und Überstundenregelung, Mitbestimmung des BR in Bezug auf Leiharbeit
Wibau AG IBH Gründau	IGM	2.– 21. 12. 83	Stilllegung	Torbesetzung, um die Anlagen und Waren vor Zugriff der Gläubiger zu schützen	1200	
Landmaschinenfabrik Hoffmann Würzburg	IGM	ab 21. 12.	Stilllegung fortdauernd	Betriebsbesetzung, um den Abtransport von Anlagen und Waren zu verhindern, Weiterführung der Produktion	130	offen
Scheel & Jönk Hamburg-Harburg	IGM	Mitte Oktober bis 31. 12. 83	Konkurs, drohende Stilllegung	Betriebsbesetzung	100	Senat übernahm z. T. die Finanzierung der Löhne und Gehälter die über die Auffanggesellschaft „Arbeitsplätze für Harburg e.V.“ ausgezahlt wurden